

XXX Gedanken zum Vorurteil XXX Über die Arbeit der Ausländerbeauftragten
XXX Informationen aus dem MIA XXX Asylantrag in der BRD XXX
Betrachtungen zur Ausländerpolitik XXX Soviel Höhepunkte! XXX
"Gemeinsames Haus Europa" - Eine geschlossene Gesellschaft? XXX Nachrichten

4

NAH & FERN



EIN MATERIAL - UND INFORMATIONSDIENST
FÜR ÖKUMENISCHE AUSLÄNDERARBEIT

Georgenkirchstr.70
BERLIN / 1017
Tel.43830



Gedanken zum Vorurteil (gegenüber Ausländern)

- Die sind auf unsere Frauen scharf!
- Die sollen erst mal richtig arbeiten!
- Die können bei uns was Gescheites lernen!
- Die leben hier auf unsere Kosten!
- Die kaufen unser Land aus!

Ich sehe den fremden Menschen - schwarz die Hautfarbe, modische Kleidung, Recorder "Made in Japan" (Nippon)?

Ich höre die fremden Menschen eine andere Sprache reden, die ich nicht beherrsche. Sie sprechen lauter in Bus und Bahn als wir, vergleichbar einer Gruppe Fußballfans oder Angetrunkener.

Ich verurteile Apartheid und finde den Arierparagrafen einen Tiefpunkt deutscher Geschichte.

Wie komme ich nur von diesen Vorurteilen los? Wann zerbricht das Bild, das ich von dem Ausländer habe? - so tief in mir; Fluch der Väter, kolonialistisches Erbe von Generationen, deutsche Überheblichkeit?

Ich bin so unsicher in meinen Worten und Gesten, wo doch der Fremde gerade Halt braucht. Halt in einer ihm völlig fremden Welt. Ich suche nach Hilfe und merke, daß ich mich selbst geben müßte: Meinen Wohlstand, meine Zeit, meine Ruhe und meine Familie.

Von Vorurteilen loszukommen, braucht Entwicklung und vorsichtiges Abtasten - voreilige Fragen zerstören, gutgemeinte Ratschläge verunsichern und kumpelhaftes Tun entwürdigt.

Wie nahe darfst du, Fremder, mir kommen?

Gibt es Freundschaft auf Zeit, deren Begrenzung mich verwundet zurückläßt?

Wann habe ich dich als Bruder angenommen?

- Als ich das erste Mal den Kollegen antwortete und einen Streit vom Zaune brach?

- Als es mir leicht fiel, auf das Wort "Neger" zu verzichten?

- Als ich die ersten Worte deiner Sprache verstand und dich mit "Bon dia amigo! Como estas?" begrüßte?

- Als meine Kinder mit dir spielten und meine Freunde dich selbstverständlich als Gast respektierten?

- Als dieses Haus dir Geborgenheit gab; ein Gefühl, um das man dich vier Jahre betrog?

- Oder als am Tag deiner Heimreise in mir etwas zerbrach?

Seitdem gibt es für mich er-klärende Sätze:

*Wir muten anderen sexuelle Enthalttsamkeit zu, die wir selbst nicht leisten können!

*Haben doch die Väter der "Fremden" bis in die Gegenwart für die kolonialen Eroberer geschuftet!

*Ein Leben - aus dem Familienverband gerissen, dem unkontrollierten Genuß von Alkohol ausgesetzt.

*Noch heute bezahlen diese Länder den Bildungsimport; nicht immer mit Geld, öfter durch wirtschaftliche und politische Abhängigkeit.

*Ein Ausländer hat die begrenzte Möglichkeit, in drei bis vier Jahren sich und seine Familie für das ganze Leben zu versorgen! Was würden wir da horten!

Harald Munze

Titelgrafik unter Verwendung des Holzschnitts "Gefangen" von KIM Bong-Chun

"Nah und Fern" - zum innerkirchlichen Dienstgebrauch herausgegeben im Auftrag des Ökumenisch-Missionarischen Zentrums/ Berliner Missionsgesellschaft, Georgenkirchstr. 70, Berlin 1017.

Redaktionskreis: Dieter Braun (LM), Christfried Berger (BMG/Bartholomäusgemeinde), Dagmar Henke (ÖMZ/BMG), Klaus Pritzkeleit (BEFG), Anetta Kahane (Arco Iris), Götz Schwarzrock

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 24. April 1990

Spendenkonto für Herstellung und Versand: 8199-54-14077, Code:0715422

Unser Kommentar

"Wir bringen ein unsere Sensibilität für soziale Gerechtigkeit, für Solidarität und Toleranz. In der DDR gab es eine Erziehung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, auch wenn sie in der Praxis wenig geübt werden konnte. Wir dürfen und wollen Ausländerfeindlichkeit keinen Raum geben."

Mit diesem klaren Bekenntnis zum christlich-humanistischen Erbe und zur Freiheit für Andersdenkende und Andersseiende hat unser neuer Premier in seiner Regierungserklärung vom 19.4.90 nicht nur grundlegende Ziele der Herbstrevolution aufgegriffen und bejaht, sondern auch ein deutliches Signal für die Werte gesetzt, die gerade jetzt nicht übersehen werden dürfen. Freilich handelt es sich eher um eine Zielbestimmung. In unserer Bevölkerung nimmt die Ausländerfeindlichkeit leider einen täglich größer werdenden Raum ein. So darf es bei allgemeinen Zielvorstellungen nicht bleiben. Praktische Politik ist gefragt, denn

"auch das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in unserem Land kann ein Beitrag zu einer neuen Qualität des Miteinanders verschiedener Völker sein. Die Klärung der Rechtslage für ausländische Mitbürger und die Einsetzung von Ausländerbeauftragten auf verschiedenen Ebenen wird dafür ebenso nötig sein wie die Förderung solcher Initiativen, die kulturelle Vielfalt als Reichtum erfahren lassen."

Selbstverständlich sind solche Äußerungen in der Regierungserklärung nicht. Analysiert man die verschiedenen Texte der CDU und der Koalitionsvereinbarung, so konnte, ja mußte die Befürchtung aufkommen, daß Ausländerpolitik eine immer weiter an den Rand gedrückte und sogar erst für ein vereinigtes Deutschland relevante Frage sein würde: "Die Regierung der DDR strebt die Selbstverpflichtung des vereinigten Deutschlands an, (...) ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in Deutschland zu gewährleisten", hieß es noch in den Koalitionsvereinbarungen. Gut, daß de Maiziere nun wieder auf das Heute und Hier eingegangen ist.

Nun sind wir gefragt, die BürgerInnen, die Ausländer selbst, all die, die um sich greifendes Unrecht gegen unsere ferneren Nächsten nicht mitverantworten wollen und können. Da sollen immer mehr Vietnamesen und Mosambikaner entgegen bestehender Rechtsordnungen aus ihren Betrieben entlassen werden, mehren sich die Versuche, die einst so willkommenen "Werkstätigen" nun als unliebsame Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt loszuwerden. Da wächst die Zahl ausländischer Obdachloser auf unseren Bahnhöfen, die billiges Quartier in einem immer noch reichen Land suchen oder gar Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung in einem freien Land erhoffen. Da versuchen sowjetische Juden oder muslimische Türken der Gefährdung und dem Elend in ihrer Heimat zu entkommen. Und lange wird es nicht mehr dauern, dann gehören wir zur Europäischen Gemeinschaft und tragen die Lasten der Freizügigkeit mit. Griechische Restaurants und italienische Espressos gleich um die Ecke? Ich freue mich darauf, die kulturelle Vielfalt als Reichtum erfahren zu können.

Aber wir sind nicht vorbereitet. Wir werden lernen müssen und erste Schritte auf einem neuen Weg gehen. Ahnen wir, was es heißt: "multikulturelle Gesellschaft" mit bunt gemischten Schulklassen, Moscheen, fremdsprachigen Läden, internationalen Clubs, aber auch rechten Schlägertrupps und "guten" Bürgern, die "rot" sehen, wenn "Schwarz" im Nachbarhaus wohnt? Die neue Gesellschaft entsteht nicht allein durch Wahlen und ein freies Parlament, Gemeinschaft wird nicht gebaut durch frei gewählte Abgeordnete, Ausländerfeindlichkeit wird nicht ausreichend bekämpft durch Regierungserklärungen. Gut, daß die Regierungsaufträge für Ausländerfragen wieder berufen wurde und also im Amt bleiben kann. Aber wir alle sind aufgerufen, in unserem Engagement nicht nachzulassen. Vor allem in den Kommunen muß jetzt gehandelt werden, sollten Ausländerbeauftragte eingesetzt und Kommissionen als Beratungsorgane gewonnen werden.

Auf die kleinen, aber notwendigen Schritte kommt es an!

21.4.1990

Christfried Berger

Über die Arbeit der Ausländerbeauftragten der DDR

In dieser Zeit der Verunsicherung haben sich in unserem Land Strömungen bemerkbar gemacht, die vorher so nicht sichtbar waren: AusländerInnen werden abgelehnt, beschimpft und angegriffen. Über die Ursachen und Mechanismen solcher ausländerfeindlichen Haltungen soll an dieser Stelle nicht nachgedacht werden. Aber als eine Gegenmaßnahme wurde durch die Arbeitsgruppe AusländerInnen des Zentralen Runden Tisches die Berufung einer/s Ausländerbeauftragten gefordert.

Am 2. März 1990 wurde die Ausländerbeauftragte beim Vorsitzenden des Ministerrates und Staatssekretärin *Frau Pastorin Almut Berger* in dieses Amt berufen. Frau Berger stehen für ihre Arbeit drei MitarbeiterInnen und eine Sekretärin - nicht zu vergessen Dienst-Lada mit Fahrer - zur Seite.

Der Arbeitsaufwand im "Büro der Ausländerbeauftragten" ist schon nach den ersten vier Wochen nur unter großer Anstrengung zu bewältigen. Das Posteingangsbuch zählt schon den 140. Brief. Diese zu beantworten, erfordert oft intensive Vorarbeiten durch Gespräche mit den zuständigen Ministerien. Das Telefon, d.h. die vier Telefonapparate stehen kaum still, eine Ruhepause von 30 Minuten macht uns schon mißtrauisch (Ist die Leitung tot?). Die Anfragen sind manchmal leicht zu beantworten, aber ab und zu müssen die Betroffenen mehrfach nachfragen, bis wir ausreichende Informationen haben.

Es ist erstaunlich, an wie vielen Stellen Menschen beruflich mit dem Thema "AusländerInnen" zu tun haben. In den vergangenen Wochen haben wir zahlreiche Gespräche mit Vertretern von Ministerien, Einrichtungen, Betrieben, Universitäten, Initiativgruppen geführt und viele neue Informationen erhalten.

Für ihre Arbeit steht der Ausländerbeauftragten auch eine BeraterInnen-Gruppe zur Verfügung, die sich 14tägig trifft und aus Experten verschiedener Professionen und Konfessionen besteht. Die meisten von ihnen haben auch schon wichtige Arbeit in der oben erwähnten Ausländergruppe des Zentralen Runden Tisches geleistet.

Die Fülle und Verschiedenheit der an uns herangetragenen Probleme macht deutlich, daß die Arbeit im Interesse der AusländerInnen in diesem Land nur geleistet werden kann, wenn analog in den Bezirken (Ländern) Ausländerbeauftragte eingesetzt werden. Es ist auch sehr wichtig, daß bei den rechtlichen Fragen und Problemen engagierte Rechtsanwälte beauftragt werden können. Leider gibt es bisher nur wenige Spezialisten auf dem Gebiet des Ausländerrechts in der DDR. Das liegt sicher auch daran, daß das Ausländergesetz bisher nicht ausreichend mit veröffentlichten Verwaltungsvorschriften unteretzt ist. Es existieren gegenwärtig ausschließlich interne, administrative Entscheidungs- und Regelungsmechanismen. Für die ständige Wohnsitznahme (unbefristeter Aufenthalt) gibt es z.B. keine bisher veröffentlichten Kriterien, die für den Erwerb eines solchen Aufenthaltes maßgeblich sind (z.B. Aufenthaltsdauer, familiäre Bindungen u.ä.). Und eine gewisse Institution, die früher offenbar Kriterien festlegte und prüfte, steht seit einiger Zeit nicht mehr zur Verfügung...

Insgesamt ist festzustellen, daß wir z.Zt. vorwiegend Einzelprobleme durch Einzelentscheidungen der zuständigen Ministerien lösen können. Über allgemeine Regelungen sind wir in Verhandlungen mit dem Ministerium für Arbeit und Löhne, mit dem Ministerium für Bildungswesen und mit dem Ministerium für Gesundheitswesen. Viele Lebensbereiche von AusländerInnen haben natürlich Berührungspunkte zu ihren Heimatländern, so daß auch das Außenministerium einer unserer wichtigen Partner ist.

Eine vielfältige, interessante, intensive Arbeit leisten wir im "Büro der Ausländerbeauftragten" - oft weit über die Bürostunden hinaus. Die Arbeit mit Frau Berger ist geprägt von Offenheit und Wärme, was jeder spüren wird, der mit Frau Berger in Kontakt kommt. Im Interesse der Betroffenen und Interessierten wünsche ich mir, daß Frau Berger auch von der neuen Regierung in dieses Amt berufen wird.

Gabriele Lubanda



Aus dem Beschluß der Synode der Kirchenprovinz Sachsen vom 15. bis 17. 3.1990

Bei der Suche nach einer gemeinsamen Zukunft der bisher getrennten Teile Deutschlands halten wir fest an der Grundorientierung der Ökumenischen Versammlung.

Unsere Option für die Armen, Benachteiligten und Unterdrückten und für die Bewahrung der Schöpfung muß Vorrang haben vor einer national ausgerichteten Wohlstandsteigerung. Wir dürfen uns nicht eines Wohlstandes erfreuen, der auf Kosten anderer Völker und der Natur produziert wird.

Die ökologische und ökonomische Sanierung unserer Wirtschaft ist uns wichtiger als die Nachahmung westlicher Konsumgewohnheiten. Als Christen wollen wir uns bemühen, auch unter den Bedingungen der Marktwirtschaft Kollegialität und menschliche Wärme, Solidarität mit den Leistungsschwachen und Anderslebenden zu erhalten und neu zu finden und insbesondere für den Schutz der Kinder und der alten Menschen zu sorgen.

Wir sind erschüttert darüber, wie eine bisher versteckt vorhandene Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, zum Teil verbunden mit Antisemitismus, neu zu Tage tritt.

Wir bitten die neue Regierung, für deutlich verbesserte Rechtssicherheit und Integration zu sorgen.

Wir bitten die Gemeinden, sich den Ausländern und ihren Problemen zuzuwenden.

Kurzer Dialog

DU UND ICH, LIEBER GOTT,
WIR BEIDE WISSEN ES,
DAß DEINE WELT NOCH LANGE NICHT
FERTIG WAR, ALS DER SIEBENTE TAG
ANBRACH.
DU HATTEST DICH DAZUMAL
DARAUF VERLASSEN,
DAß DEINE GESCHÖPFE
GEHILFEN DIR WÜRDEN.
O WER.
LEIDEN LÄUTERN UNS NICHT
UND DURCH SCHADEN WIRD MAN NICHT KLUG;
NUR GERISSEN.
- HERR, DU GABST UNS DIE WELT, WIE SIE IST.
GIB UNS DOCH BITTE DAZU
DAS SEINERZEIT LEIDER
NICHT MITGELIEFERTE
WELTGEWISSEN!

MASCHA KALEKO

Informationen aus dem Ministerium für Innere Angelegenheiten

I. Eheschließungen

- Durch das Anpassungsgesetz zum Reisegesetz ist die Genehmigungspflicht für die Eheschließung mit AusländerInnen für DDR-BürgerInnen aufgehoben.
- Die Eheschließung richtet sich demzufolge nur noch nach dem Familiengesetzbuch und dem Personenstandsgesetz.
- Die ausländischen MitbürgerInnen müssen beim Standesamt vorlegen:
 - Ehefähigkeitszeugnis
 - Geburtsurkunde
 - u.U. Ehescheidungsurkunde
- für *Mocambique*: o.g. Urkunden werden nur vom Zentralstandesamt in Maputo ausgestellt
- für *Vietnam*: o.g. Urkunden werden von der Botschaft ausgestellt, wenn die Eheschließung von Vietnam genehmigt wird
- für *Cuba*: Eheschließung nicht genehmigungspflichtig, aber laut Abkommen müssen Cubaner nach Cuba zurückkehren.

II. Staatsbürgerschaft

- Der Antrag auf Verleihung der Staatsbürgerschaft hat zur Voraussetzung: den ständigen Wohnsitz in der DDR und die Anerkennung der Verfassung.
- Der Nachweis der Entlassung aus der bisherigen Staatsbürgerschaft ist eine KANN-Bestimmung, d.h. doppelte Staatsbürgerschaft ist möglich, wenn keine widersprechenden Vertragsregelungen vorliegen (alle RGW-Länder und Mongolei haben Ausschluß der doppelten Staatsbürgerschaft vereinbart).
- Die Verleihung der DDR-Staatsbürgerschaft ist Entscheidung des Ministerrates.
- Die Bearbeitungsdauer des Antrages wurde stark reduziert (4 Wochen für die Abt. Inneres der Räte und Gemeinden).

III. Ständiger Wohnsitz

- Die uns übergebenen Grundsätze liegen den Dienststellen nicht vor, d.h. Anträge werden nicht entgegengenommen, wenn nicht die Zustimmung des Heimatlandes vorliegt (alter Ministerbefehl).
- Antragsstellung z. Zt. direkt über die Ausländerbeauftragte ans MfIA, Büro für Paß- und Ausländerangelegenheiten. Fragebogen (Vordruck), Lebenslauf, Antragsbegründung und polizeiliches Führungszeugnis sind einzurichten. Bearbeitung erfolgt im MfIA ohne Zustimmung des Heimatlandes (dem stehen in einigen Fällen zwischenstaatliche Vereinbarungen entgegen).
- Voraussetzung für die Antragsgewährung sind: Anerkennung der Verfassung und Vorhandensein von Wohnung und Arbeit.
- Das Aufnahmeverfahren wird im Zentralen Aufnahmeheim (jetzt in Ahrensfelde) durchgeführt.

IV. Asyl

- Anträge auf Asyl können gestellt werden: in der Auslandsvertretung, in einem VPKA während eines Aufenthaltes in der DDR und an der Grenze, wobei zuständiges VPKA verantwortlich ist.

V. Cubaner können jetzt Emigrantenpässe bei der cubanischen Botschaft beantragen, d.h. Verbleib im Ausland (z.B. DDR) ohne vorherige Rückkehr nach Cuba.

Aber: Für Wiedereinreisende ist cubanisches Visum erforderlich.

Vorteil: Kein Verlust der cubanischen Staatsbürgerschaft.

Asylantrag in der Bundesrepublik Deutschland kann Abschiebung ins Heimatland bedeuten Ein Flugblatt der Ausländerbeauftragten

Seit der Öffnung der Grenzen zwischen der DDR und der BRD haben viele AusländerInnen, die in der DDR auf der Grundlage von Regierungsabkommen gearbeitet haben, die DDR verlassen und in Westberlin oder der Bundesrepublik einen Asylantrag gestellt.

Von einem in der Ausländerarbeit engagierten Rechtsanwalt aus Westberlin haben wir erfahren, was das für die AusländerInnen bedeutet, die aus der DDR kommen:

1. Der Asylantrag kann gestellt werden.
2. Die Asylsuchenden werden aufgrund von Quotenregelungen auf die Bundesländer verteilt und dort in verschiedenen Städten und Gemeinden untergebracht. Sie unterliegen einer Aufenthaltsbeschränkung auf diese Stadt oder Gemeinde, d.h. diese dürfen nicht verlassen werden.
3. Während des Asylverfahrens bis zu einer Dauer von 5 Jahren erhalten die Asylsuchenden keine Arbeitserlaubnis. Sie erhalten Sozialhilfe, teilweise in Form von Sachleistungen. Es besteht der Zwang, in Sammelunterkünften zu leben.
4. Das Asylverfahren endet für diesen Personenkreis in der Regel mit einer Ablehnung, da die Betroffenen aus der DDR kamen und dort als angeworbene ausländische Arbeitskräfte nicht politisch verfolgt waren.
5. Abgelehnte Asylsuchende werden aufgefordert, die BRD zu verlassen. Ihnen droht die Abschiebung in ihre Herkunftsländer.
6. Die Rückkehr in die DDR ist sehr schwer, da die Heimatregierungen die Asylantragsteller als unerwünschte Personen betrachten, die nicht mehr unter die Vereinbarungen der Regierungsabkommen mit der DDR fallen.

Wir bitten jeden ausländischen MitbürgerIn, einen solchen Schritt und die damit verbundenen Konsequenzen sehr genau zu durchdenken.

Bitte wenden Sie sich an uns, wenn es im Zusammenhang mit Ihrem Aufenthalt oder Ihrer Beschäftigung hier in der DDR Probleme und Fragen gibt.

Ihre
Almuth Berger
Ausländerbeauftragte

Ganz völkerfest beim Völkerfest! Eindrücke vom Völkerfest an der Humboldt-Universität

Am 22. März ging ich mit meiner kleinen Tochter an der Hand in die Humboldt-Uni zu einem Völkerfest. Veranstalter waren die Ausländerbeauftragten, die Bürgerbewegungen und Initiativen von In- und Ausländern.

In der Kantine hatte sich schon eine Schlange gebildet, es gab Döner für 7 Mark und Coca Cola; also mußten wir warten, denn meine Tochter wollte sich beides um keinen noch so hohen Preis entgehen lassen. Oben im Audimax fand die Hauptveranstaltung dieses Abends statt. Die beiden Ausländerbeauftragten der zwei Teilstädte hatten ihre Reden als Mitveranstalterinnen schon gehalten, als wir dort ankamen. Auf der Bühne jagte eine Folkloregruppe die andere, und mein Kind kam aus dem Staunen über solche Vielfalt gar nicht heraus. Türken, Koreaner, Inder, Bulgaren, Kurden, Jugoslawen und viele mehr zeigten ihre Tänze, Gesänge, Musik, Kostüme ... Meine Tochter war besonders begeistert von drei indischen Mädchen, deren rituelle Tänze sie noch tagelang imitierte. Mir gingen diese tanzenden Kinder auch sehr nahe, vielleicht weil sie mich an meine Kindheitsjahre erinnerten, die ich in Indien verbracht hatte.

Es tauchten Bilder und Erinnerungen auf an eine Zeit, an ein Land, an eine Atmosphäre. Als der Tanz der Mädchen zu Ende war, konnte ich viel deutlicher spüren, was für mich das Für und Wider von Folkloreprogrammen ist. Sie sind bunt und schön. Sie haben nichts mit der Realität der Länder zu tun. Sie erzählen viel über die Kulturen ihrer Völker. Sie sagen nichts über das Leben der Menschen. Sie wecken Interesse. Sie machen müde. Sie gewinnen die Aufmerksamkeit. Sie machen blind. Sie sind eine Entdeckung, und sie verdecken alles. In jedem Fall: Sie sind eine wichtige Sache.

Irgendwann verließen wir den Saal, überfüllt von Farben und Klängen und sahen uns im Vestibül um. An einem Stand gab es sogar Luftballons für Kinder. Viele Ausländerinitiativen hatten ihre Leute dort, die bereit waren, auf alle Fragen zu antworten und Materialien zu verteilen. Ich traf sehr viele Freunde und Bekannte und deren Freunde und Bekannte, und sie berichteten von dem ausgezeichneten Video- und Kinoprogramm, das parallel zur Folklore lief. Es wäre informativ, berührend, bedrückend, umfassend.

Was mir aufgefallen ist: Es waren wenig Studenten aus der Uni da, wenig Leute von der Straße, wenig DDR-Inländer überhaupt und DDR-Ausländer sowieso. Der Großteil des Publikums kam aus Westberlin. Grenzenloses Völkerfest. Ziele, Konturen, Konzept und Programm dieser Veranstaltung blieben etwas verschwommen. Und dann schrie noch jemand von der Bühne, man möge nicht so viel Dreck machen und lieber etwas aufräumen. Coladosen, umweltfeindliche, wurden zwar verkauft, aber es gab keine Abfallbehälter dafür. Kurz: Mein Gefühl für das Ganze war bis zum Schluß ambivalent. Trotzdem: Angesichts unserer Art von Erfahrungen blieben meine Tochter und ich handfest, standfest, prinzipienfest und völkerfest beim Völkerfest.

"Ich kann in meiner eigenen Heimat nicht leben!"

Aus einem Brief von Fernando C. aus Mocambique kurz nach seiner Rückkehr aus der DDR

Kurz vor 12 Uhr landeten wir in Maputo, es war schon der 11.12. und 27 Grad. Heute, am 22.12., haben wir in Maputo 39 Grad C.

Als wir aus dem Flugzeug ausgestiegen sind, hörten wir von oben Rufe. Ich habe auch meinen Namen gehört, aber niemanden erkannt. Nach ungefähr einer Stunde im Kontrollraum kommt Claudio (Cousin) und holt mich raus. Draußen warten noch zwei auf mich. Von den beiden war einer mein Bruder, den ich nicht erkannt habe; der zweite war auch in der DDR, in Zittau. Nach Begrüßung und Willkommen habe ich sofort Alberto gefragt, wie es der Mutter geht. Die Mutter und alle anderen Geschwister sind am Leben, hat Alberto geantwortet. Der Vater wird vermißt. Meine Mutter war nicht mit am Flughafen. Claudio und mein Bruder sind mit Mopeds gekommen, um mich abzuholen. Wie ihr seht, bin ich mit dem Moped nach Hause gebracht worden. Mein Bruder hat den Koffer auf den Lenker genommen und nahm dann noch jemanden hinten drauf. Claudio nahm mich und den Rest des Gepäcks mit. Ich habe aber nicht geglaubt, daß wir gut ankommen würden, so unsicher war ich.

G., Du kannst mir glauben, das, was wir gesehen haben, als wir nach Hause gefahren sind, das ist kein Leben. Wie die Straßen kaputt sind, wie die Häuser aussehen, die Schule - oh, das ist unheimlich schrecklich. Das war nicht so, damals vor 8 Jahren. Alles kaputt, ohne Konservierung.

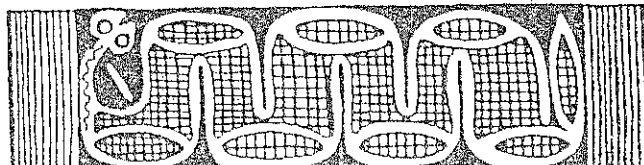
Wir sind zu Hause angekommen, und als die Mutter den Koffer gesehen hat, fing sie an zu tanzen und dabei zu rufen: "Mein Sohn, mein Sohn, ich freue mich, daß Du wieder da bist!" Ich habe meine Mutter umarmt und auch fest gedrückt und habe sie gefragt, wie es ihr geht. "Deine Mutter ist vom Himmel zweimal zurückgeschickt," antwortete Males Omar, der gemeinsam mit meiner Mutter zu Hause auf mich gewartet hat. Meine Mutter war zwei Jahre lang schwer krank.

Andre hat mit viel über die Pakete aus Berlin erzählt. Er hat für ein 10kg-Paket 6000 Mt auf der Post bezahlt. Jetzt frage ich mich, wieviel soll ich für sechs Pakete bezahlen, wenn eins schon 6000 Mt kostet (inzwischen sind schon 12 Pakete unterwegs!). G., ich denke, es ist besser, wenn Du mit dem Paketeschicken abwartest. Ich kann in meiner eigenen Heimat nicht leben. Ich komme früher oder später wieder zurück. Ich kann nicht mehr in Mocambique bleiben. Am Donnerstag bin ich in die Stadt gegangen, um zu sehen, wie sie aussieht. Ein Auto kostet bei uns Millionen genauso wie ein Motorrad oder ein Moped. Wer kann für ein Fahrrad oder Dreirad 150 000 Mt bezahlen? Langweilig ist dieses Land aber nicht, sondern die Politik in diesem wunderbaren Land ist schlecht. Niemand repariert, wenn etwas kaputt ist, Straßen, Häuser, Schulen bleiben, wie sie sind. Die schönsten Gebäude der Städte gehen unter, niemand kümmert sich um sie, sondern um den Preis der Arbeitsmittel, Baumaterialien, Transportmittel, Nahrungsmittel und Lebensmittel.

1 Mark der DDR sind 400 Mt. Ein normal verdienender Arbeiter bekommt im Monat 25 000 Mt.

Preise sind z.Zt.: 250 g Brot = 450 Mt; 1 kg Erdnüsse = 950 Mt; 1 Apfel = 300 Mt; 1 l Öl = 1500 Mt; 1 kg Kartoffeln = 800 Mt; 1 Hose = 58 000 Mt; 1 Anzug = 100 000 Mt; 1 Sack Zement = 7000 Mt; 1 Büchse Bier = 1000 - 1500 Mt; 1 kg Rindfleisch = 2500 Mt; 1 kg Bohnen = 600 Mt; 1 kg Reis/Zucker = 450 Mt; 1 kg Bananen = 600 Mt; 1 Herrenhemd = 30 000 Mt; 1 Auto = 6 - 12 Mio. Mt; 1 Bauziegel = 300 Mt.

Eine Familie mit 6 Mitgliedern braucht 100 000 Mt im Monat allein für Lebensmittel.



Betrachtungen zur Ausländerpolitik innerhalb des Kreises Ilmenau

Eine der für uns wesentlichen Fragen war, wo setzt man bei der praktischen Umsetzung der Ausländerpolitik an. Hier ist wohl der Bereich der Kommune am effizientesten. Denn dort erkennt man am deutlichsten die Problemfelder im Zusammenhang mit allen angesprochenen Fragen. Stichwort hierfür ist der Umgang miteinander und füreinander.

Im Kreis Ilmenau kann man von ca. 1000 ausländischen Mitbürgern ausgehen. Diese konzentrieren sich an der TH Ilmenau (500) und im VEB Henneberg Porzellan (300); der Rest (vor allem Bürger mit ständigem Wohnsitz) von 200 ist gestreut. Die größte Gruppe dürften die Bürger aus der VR Polen sein. Eine weitere starke Gruppe sind die Bürger aus Vietnam, die ein befristetes Arbeitsverhältnis haben.

Hier sind Lösungsansätze am dringendsten notwendig. Dabei stehen die Arbeits- und Lebensbedingungen an der Spitze. Voraussetzung für die Lösung ist die Kenntnis der vertraglichen Bedingungen. An dieser Stelle muß gefordert werden, daß diese neu überdacht werden. Weiterhin muß ein direkter Kontakt mit dieser Gruppe erfolgen, um den gesamten Problembereich zu analysieren und zu lösen. Mit dem ISK muß eine starke Zusammenarbeit erfolgen, und ihre Vorstellungen müssen in eine heutige Problematik einfließen.

Für die Bürger mit unbefristeten Aufenthalt ist ein Zugang zu allen kommunalen Entscheidungen zu ermöglichen. Weiterhin ist eine Form eines Ausländeramtes zu überlegen. Wesentlich ist es, diese Bürger für Parteien und Organisationen zu gewinnen bzw. bei Bedarf eine eigenständige Interessengemeinschaft zu unterstützen. Den Zugang der ausländischen Mitbürger zu den Medien ist zu schaffen, um Informationen über ihre Probleme der breiten Öffentlichkeit zuzuführen.

Alle Fragen in diesem Zusammenhang sind im Interesse der ausländischen Mitbürger und mit ihnen zu lösen. Weiterhin sollen diese mit allen, die sich dazu bekennen, koordiniert werden.

Soviel Höhepunkte!

Über die Gründungsversammlung der "Deutsch - X-ischen Gesellschaft in der DDR"

Die "Deutsch - X-ische Gesellschaft in der DDR" wurde an einem warmen Märztag dieses Jahres im großen Kinosaal der weltbekannten Universität zu Berlin gegründet. Der Gründung lag die Initiative einiger Persönlichkeiten der DDR zur Installation einer weiteren Freundschaftsgesellschaft in der "Liga der Völkerfreundschaften" zugrunde. Die neue Gesellschaft sollte sich vornehmlich für die "Fortführung der traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern beider Länder einsetzen", wie der erste Grundsatz dieser Gesellschaft lautet.

Der eigentliche Höhepunkt der Veranstaltung durfte den Teilnehmern nicht lange vorenthalten werden. Bevor alles andere anfing, begrüßte ein Vertreter der Botschaft des Landes X in der DDR die Gründung solcher edlen Gesellschaften und übermittelte die besten Glückwünsche der Regierung des Landes X (telegraphisch von der Hauptstadt des fernen Landes hergesandt!). Das Telegramm wurde dem Präsidium der Veranstaltung feierlich mit einem eisernen Händedruck und unter lang anhaltenden Ovationen überreicht.

Das Statut der Gesellschaft war von den Initiatoren perfekt vorbereitet, so daß es beinahe sofort hätte angenommen werden können, wenn nicht einige Anträge zur Überlegung hinsichtlich des Namens der Gesellschaft und der Höhe und Art der Mitgliedsbeiträge störend gestellt worden wären. So diskutierte man lange über die zu kassierende Summe: Die Diskussionslänge mußte schließlich der Existenzsicherheit der Gesellschaft gerecht werden.

Ein x-ischer Arbeiter aus Rudolstadt brachte seine Freude über die solidarische Absicht der Initiatoren zum Ausdruck und fragte das Präsidium höflichst, was die Gesellschaft unternehmen werde, um ihre im Statut selbst auferlegten Verpflichtungen zu realisieren, insbesondere die Aufgaben zur "Wahrung der Menschenwürde und der Menschenrechte" und zur "Unterstützung der in der DDR lebenden x-ischen Bürger und deren Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben". Leider wurde der viel Beifall erntende Fragesteller vom Präsidium nicht verstanden (zugegeben war er auch nicht so redigewandt wie die deutschen Damen und Herren auf dem hohen Präsidiumspodest!). Und da man ihn nicht verstand, konnte man selbstverständlich auch nicht auf die Frage eingehen.

Als die Annahme des Statuts durch Händehaben zu erfolgen hatte, signalisierte eine deutsche Frau, daß man im Saal noch überhaupt nicht wisse, worum es sich bei dieser Gesellschaft handle. Das Präsidium zeigte den Teilnehmern ein kolossales Verständnis und bemühte sich nun, einen Dolmetscher für die schwerfälligen x-ischen Bürger zu gewinnen. Mehrere aufklärende Stimmen konnten später das Präsidium mit dem Hinweis beruhigen, daß es gar keine sprachlichen Schwierigkeiten, sondern in erster Linie inhaltliche Fragen zur Tätigkeit der Gesellschaft gäbe. Den Forderungen eines arroganten x-ischen Teilnehmers an das Präsidium, die Notwendigkeit der gestellten Aufgaben zu begründen bzw. die soziale Problemlage der x-ischen Bürger in der DDR zu skizzieren, schlossen sich mehrere deutsche Teilnehmerinnen auch noch an, so daß die Atmosphäre der feierlichen Veranstaltung von der Gefahr einer erbärmlichen Vergiftung bedroht wurde. Ein Mitglied der Vorbereitungscommission erhob sich und protestierte energisch gegen die scharfen und destruktiven Worte solcher verantwortungsloser Forderer. Und plötzlich wurden die sich zu Wort Meldenden aufgefordert, ihren Namen, ihre Arbeitsstelle und ihren Wohnort anzugeben (warum wurde eigentlich auf die Angabe des Geburtsdatums und Geburtsortes verzichtet?). Die Friedensstörer gaben nach einigen Protesten auf. Die Konsequenz und Gradlinigkeit des Präsidiums überwältigten letztlich die unvernünftige Rebellionslust der anderen.

Das Statut wurde ohne weitere Diskussion angenommen. Die anschließende Annahme der Grundsätze der Gesellschaft erfolgte ohne den Zeitverlust des Vorlesens oder einer Diskussion darüber. Gerade als die schon bekannten Friedensstörer wieder einen Rebellionsversuch starten wollten, eilte Herr W.W. vom Präsidium ans Mikrophon und verkündete endlich die Gründung der Gesellschaft mit aller unverrückbaren Entschiedenheit. Die Pause trat ein. Eine Menge von Teilnehmern begab sich aber auf den Weg nach Hause.

Nach der Pause fanden sich die restlichen Teilnehmer auf einem neuen Höhepunkt der Veranstaltung, nämlich auf dem Gipfel des Schauderns, dank der Vorführung eines politisch längst überholten Films über einige volkstümliche, schlichte, aber in ihren Wirkungen bereits durch die Bilder sehr plastisch verdeutlichende Waffenarten gegen imperialistische Feinde.

Meine Galle ... sie lobe hoch, hoch hoch!!!

Es ist aber auch noch über die Wahl der Vorstandsmitglieder zu berichten. Die Kandidaten waren für die meisten Teilnehmer fremd wie Engel vom Himmel. Eine Schlange von Menschen bildete sich im Saal, um die Liste der Engel zu bekommen. Einer deutschen Frau, die während der kontroversen Diskussion einige scharfe Worte hatte fallen lassen, wurde die Aushändigung des Wahlzettels verwehrt. Die Zettelverteilerin G. J. (natürlich ehrenhaftes Präsidiumsmitglied und Wahlkandidatin!) erfuhr, daß diese Frau sich noch nicht entschieden habe, ob sie Mitglied der Gesellschaft werden wolle oder nicht. Einen Blick in den Wahlzettel zu werfen, mußte natürlich einer solchen Teilnehmerin verwehrt werden! Die Frau erlebte offensichtlich persönlich einen Höhepunkt, denn ich hörte sie laut sagen: "Ist ja der Gipfel der Frechheit!" Ich beruhigte sie, denn auf der Bühne lag der erste Kandidat an, sich vorzustellen. Er brachte uns seinen Namen bei und ließ uns wissen, daß er ein Akademiker sei. Nichts weiteres verriet uns der Wissenschaftler mit heiliger Schweigepflicht. Herr W.W. fragte fordernd durchs Mikrophon, ob etwa jemand etwas gegen den Kandidaten habe.

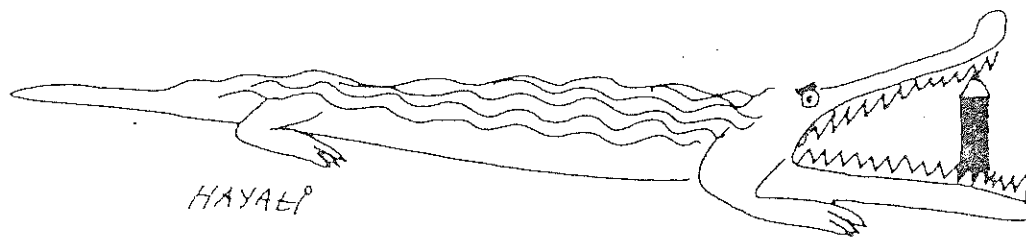
Asiatische Meditationsminuten erfüllten den immer leerer werdenden Raum mit köstlicher Ruhe.

Ich überlegte gerade, ob ich eine Frage stellen sollte, als Herr W.W. bei mir vorbeiging. Drei x-ische Frauen wollten ihm die Wahlzettel zurückgeben. Sie wollten doch nicht Mitglied der Gesellschaft werden. "Warum nicht", fragte er die Frauen nur etwas gereizt. Die drei erwiderten zaghaft: "Wir sehen nicht, daß die Gesellschaft unsere Interessen vertritt." Das hätten die Frauen Herrn W.W. nicht vorwerfen dürfen! Er brüllte zurück: "Wir sind keine Partei oder Gewerkschaft."

Wir können Eure Interessen nicht vertreten!" Dieser absolute Höhepunkt trieb mich und eine Gruppe von Teilnehmern unhaltbar aus dem Saal.

Schade, daß ich Ihnen, liebe Leser, nicht von weiteren Höhepunkt dieser Veranstaltung berichten kann. Aber ich werde sicher später einen Bericht schreiben, wie Herr W.W. und seine Clique ihre eigenen Interessen in meinem exotischen Land selbst vertreten. Ich bin mir ziemlich sicher, daß sie eines Tages die Reise in mein Land antreten werden. Anders kann ja die Aufgabe der Gesellschaft zur Vermittlung spezieller persönlicher Arbeitskontakte, wie sie in dem Grundsatzpapier vorgesehen ist, nicht realisiert werden. Und das wäre ja zu schade um die edlen Absichten der Gesellschaft, nicht wahr?

Nguyen Van Huong



Die Liga für Völkerfreundschaft - Interessenverband von Gesellschaften für Freundschaft und Zusammenarbeit

Eigentlich begann Ende 1961 unsere Arbeit in der Liga - und zuvor in der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland - schon so, wie wir heute wieder wirken wollen; es gab regional orientierte Freundschaftsgesellschaften, z.B. die Deutsch-Arabishe, die Deutsch-Afrikanische und die Deutsch-Lateinamerikanische Gesellschaft, neben Gesellschaften, die mit Partnern in europäischen Ländern zusammenarbeiteten.

Nach der weltweiten diplomatischen Anerkennung der DDR, zu der unsere Freunde und Partner im Ausland viel beigetragen hatten, änderte sich leider die Lage. Wir wurden mehr und mehr zum Sprachrohr für die Auslandsinformation der führenden Partei gemacht und eine individuelle Mitgliedschaft war kaum möglich. Sicher haben wir das alles mitgetragen, aber sicher ist auch, daß die vielen qualifizierten Mitarbeiter sich immer bemühten, das ursächliche, völkerverbindende Anliegen einzubringen.

Für die außereuropäischen Länder gab es auch kaum das Problem der Beziehung zu nur einer Partei oder deren Führung. Unsere Partner in diesen Ländern interessierten sich mehr für die Entwicklung und Erfolge der DDR in der Volksbildung, der Berufsausbildung, der sportlichen und musischen Förderung von Talenten, der sozialen Sicherstellung aller Bürger und der außenpolitischen Unterstützung für die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit.

Ich glaube, daß sich heute wieder vieles in der Arbeit der Liga zum Positiven verändert hat. Die zentrale Bevormundung ist weg, die von oben berufene Leitung ebenfalls. Wir haben uns auf einer Generalversammlung am 17. Februar 1990 zu einem "Interessenverband von Gesellschaften für Freundschaft und Zusammenarbeit" erneuert und wieder besondere Schwerpunkte auf die Darstellung anderer Länder, Völker und Kulturen in der DDR und die Begegnung mit ihnen in der DDR und im Ausland gelegt.

Wir wollen offen sein für alle DDR-Bürger und ausländische Mitbürger, für Kollektive, Organisationen und Bewegungen, die wie wir für gegenseitiges Kennenlernen, Vertrauen, Zusammenarbeit, Freundschaft und Frieden zwischen den Völkern wirken. Das liegt auch im Interesse unserer vielen Partner im Ausland, die uns dabei unterstützen wollen. Gerade in der Zusammenarbeit mit den Freunden in Asien, Afrika und Lateinamerika spielt die Erforschung, Bewahrung und Bekanntmachung der humanistischen Verbindungen zwischen Deutschland und diesen Ländern eine wichtige Rolle.

Wir könnten uns vorstellen, daß sich in einigen Städten der DDR, wo es vielleicht nur wenige Mitglieder gibt, diese sich in Gruppen für das Wirken nach und für Länder der Dritten Welt zusammenschließen, um koordinierter ihr Anliegen durchsetzen zu können.

Die Liga für Völkerfreundschaft versteht sich als ein *Interessenverband* aller dieser jetzt wirklich unabhängig wirkenden Gesellschaften, die aber als eine Art Service-Einrichtung bei der Koordinierung, Organisation verschiedenartiger Vorhaben, Aktionen und Begegnungen Unterstützung geben kann.

Für die Zusammenarbeit mit Ländern und Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika und für die immer notwendiger werdende Darstellung der Entwicklung und der Kulturen, auch der großen Probleme dieser Länder, haben wir jetzt ein kleines *Zentrum für die Dritte Welt* in der Liga gegründet. Hier bieten wir allen interessierten Gruppen und Personen Gespräche über die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Regionalgesellschaften und Länderkomitees in der Liga, einschließlich ihrer Territorial- und Interessengruppen, an. Wir stehen für kleinere Diskussionsrunden über Land, Leute und Probleme der Dritten Welt, inklusive des Nord-Süd-Dialogs, zur Verfügung, bieten Informationsmaterialien und Literatur zur Einsicht und Ausleihe an und vermitteln Referenten und Gesprächspartner aus den Reihen unserer Mitglieder für Berlin und die DDR. Natürlich sind wir auch für gemeinsame Veranstaltungen, Aktionen und Begegnungen mit Ausländern, mit dem Ziel, mehr Verständnis für ein multikulturelles Zusammenleben mit anderen Völkern und Nationen zu erreichen.

Liga für Völkerfreundschaft
Zentrum für die 3. Welt
Otto Grotewohl-Str. 19 d
Berlin 1086
Tel.: 2251 2111

Dr. Lothar Günther

Lied des Bambus

In meiner Kindheit war ich durch die ständige Evakuierung viel in meinem Land unterwegs. In den fremden Orten hatte ich oft eine Fülle von schwermütigen Sehnsüchten: Sehnsucht nach meinen Eltern und meinen Verwandten, Sehnsucht nach einem eigenen Zuhause, Sehnsucht nach einem Alltag ohne Todesangst ... Heute - in Europa - habe ich viele von den einstigen Sehnsüchten nicht mehr. Und doch schleicht eine neue Sehnsucht, die ich damals in meinem Land noch nie gespürt hatte, sanft und zugleich brennend in mein Herz. Wundervoll ist diese Sehnsucht nach Bambusstauden. Plötzlich weiß ich, wie eng verbunden ein Vietnameser mit Bambus lebt; wie wundervoll dieser Baum für uns ist und wie verschwenderisch wir mit ihm umgehen. Man braucht oft eine gewisse Ferne, um die Wirklichkeit der Dinge zu erkennen...

"Unser Dorf grünt von Bambusstauden", so fängt eines der vielen vietnamesischen Volkslieder an, die oft von einem Orchester mit Bambusinstrumenten wie harfen- und xylophonartigen Trumg- und Krongpulinstrumenten begleitet werden. Jedes Dorf in Nordvietnam ist von Bambusstauden umzäunt. Ohne Dorflore würde man oft nicht wissen können, wo der Bambuszaun beginnt und wo er endet. Grün wie die länglich kleinen, dünnen Blätter, bis 20 Meter hoch, biegsam im Wind und Sturm, mit Stacheln in den Ästen versehen, verflechten sich die Bambusstämme wie Labyrinth ineinander und schützen die Dörfer vor dem Eindringen böser Kräfte. Die Beständigkeit und Elastizität des Bambus basieren auf den eigenartigen Eigenschaften des Baumes: hohl und langfaserig. Der Stamm ist wie ein dickwandiger Schlauch, der maximal 20cm Durchmesser erreichen kann, wobei das Mark 3cm betragen kann. Gerade diese Struktur des Bambusstammes erleichtert die Verarbeitung. Mit einem kleinen, scharfen Messer und von Gott geschenkten, geschickten Händen gehen Erwachsene wie Kinder leicht und gern mit ihrem Freund Bambus um. Mit einem Messer bearbeitet man einen Bambusstamm zu unzähligen verschiedenen Grundformen für weitere Arbeiten: dicke und dünne Stöcke, Bambusholzwürfel und meist schnurartige Formen aller Stärke.

Kaum der Bambuswiege entwachsen, bastelte ich gemeinsam mit anderen Kindern in der Nachbarschaft aus einem Stück Bambusstamm und Pergamentpapier die ersten Bambusdrachen. Manche Kinder montieren an ihren Drachen ein paar selbstgemachte Bambusflöten, auf denen der Wind am Himmel je nach Stärke die Dörfer mit tragenden und bezaubernden Klängen erfüllt. An den Volksfesten tanzen wir gern den Bambustanz. Das Bambusholzfleisch ist weiß und besonders saugfähig. Wir Kinder haben es oft mit Tinte und Farben gefärbt. Doch die Künstler verwenden gern Bambus in seiner natürlichen Form und Farbe. Der Bambusstamm ist immer schön rund, glatt und glänzend. Im Verhältnis zu anderen Baumstämmen läßt sich der Bambusstamm leicht, schnell und schön von den Künstlern verzieren. In der Natur gibt es Bambus mit grünen, goldenen und leicht bräunlich-grünen Stämmen. Sehr beliebt als Zierbäume in den Parks oder als Bonsai im Haus sind goldfarbene Bambussorten. Die Bonsaitöpfe harmonisieren wunderbar mit der Innenausstattung der Häuser, die fast ausschließlich aus Bambus gebaut sind. Von der Grundmauer bis zur Säule, Wand, Balken und Dach, vom Zaun bis zur Liege, Schrank, Tisch, Stuhl, Tablett, Wasserpfeife oder Eßstäbchen. Bambusholz besitzt auch großartige Beständigkeit, Festigkeit und Tragkraft. Als man in Vietnam in den 70er Jahren anfang, Beton zu verarbeiten, fing mein Vater an, unser Haus mit Beton zu decken. Unvorstellbar: Das Betongerüst ist aus Bambus statt aus Eisen und Draht! Für einstöckige Häuser ist derartiger Beton verwendbar und ist mit anderen Betonarten hinsichtlich der Haltbarkeit fast zu vergleichen. Mein Vater sagte uns aber: "Auf unsere Bambusbetondecke könnt ihr kein weiteres Stockwerk setzen. Die Zeit wird schon bald kommen, wo der Staat euch mit moderneren Häusern versorgen wird." Doch war er von der außerordentlichen Langlebigkeit seines Bambusbetons sehr überzeugt.

Und wenn ich mich heute nach Bambus sehne, verbinde ich ihn fast mit allen meinen Lieben daheim. Wie kann ich an meine Mutter denken, ohne die tanzende Bambustragegestange, an deren beiden Enden zwei Lastkörbe hängen, auf ihrer zerbrechlichen Schulter vor mir zu sehen? Ich denke an Leckerbissen mit Bambusspitzen, die meine Mutter uns zu jeder Feier, z.B. zum Tetfest (Neujahrsfest), zu Hochzeiten, an den Totengedenktagen sowie zu anderen Volksfesten servierte. In Vermehrungszeiten des Bambus gehören Bambusspitzen sogar zu einem einfachen Essen. Ein Europäer könnte uns fragen, wie der Bambus nur so hoch und so viel wachsen kann, wenn wir soviel Bambusspitzen im Jahr ernten? Die Antwort ist einfach: Der Bambus wächst und vermehrt sich unglaublich schnell. Etwa innerhalb von zwei Jahren erreicht ein junger Bambus die Größe seiner Eltern. Und im Jahr bringen die Wurzeln eines Bambusstammes mehrere Kinder, die regelrecht aus der Erde hochschießen. Schließlich ist Bambus eine Art Gras.

Ist das nicht großzügig von der Natur, daß sie uns Vietnamesen zu einem Baum mit solch außerordentlichen Eigenschaften seit Tausenden von Jahren schenkt? In den ersten Jahren vor der Erfindung des Papiers galt Bambus als erster Schriftträger, doch selbst als das Papierhandwerk aufblühte, ist das Bambuspapier bis heute nicht weniger beliebt; im Gegenteil: Es bleibt eine Kostbarkeit des vietnamesischen Handwerks.

Noch viele Vorzüge des Bambus in meinem Vietnam könnte ich aufzählen. Doch immer muß ich in die Gegenwart zurückkehren. Draußen - hinter den Fenstern - tanzen schöne weiße Schneeflocken. Die grünen Tannen recken sich mutig und beständig empor. Wie gern wäre ich jetzt in Vietnam, unter einer in der heißen Sonne Schatten spendenden Bambuslaube sitzend oder in einem Bambusboot einen Fluß entlang fahrend - vorbei an den alle vier Jahreszeiten grünen Bambuswäldern.

Berlin, den 22. Januar 1988 Nguyen Van Huong

Nachtstille

*Ringsum das flackernde Feuer, versunken in sich,
und Waldstille sitzen wir.
Nicht mehr zu sehen ist die ewig graue Stadt.
Ein Junge erntet alle Sterne hell und matt.
In Gedanken schenkt er sie einem holden Mädchen sofort.
Eine Gläubige sieht in der Ruh
einen Faden zum Gott.
Der Holzhacker voller Geduld träumt
vom vertellten Glück.
Seine Frau schnuppert am duftenden Harz,
das sie zu roter Lilie aufblühen läßt,
und ein Fremder
singt Lieder, die keiner versteht.
Dann sprechen sie alle
über
Schmsucht,
Krieg
und
Hungersnot
bis zum Morgenrot.
Das Feuer langsam erlischt.
Sie stehen alle empor zum Empfangen
ihres kleinen Kindes an der Tür lachend aufgewacht.*

Nguyen Van Huong, Sommer 1988

Lesetip

"Ausland DDR - Fremdenhaß" heißt die erste DDR-Veröffentlichung, die sich mit der Situation der Ausländer und der wachsenden Ausländerfeindlichkeit beschäftigt. Herausgegeben von Irene Runge, Soziologin an der Humboldt-Universität, und verlegt vom Dietz-Verlag wird diese wichtige Broschüre voraussichtlich Ende April 1990 an die Buchhandlungen ausgeliefert werden.

Die Dokumentation ist aus der Tätigkeit der Arbeitsgruppe "Fremdenhaß" an der Humboldt-Universität entstanden. Mit großer Eigenbeteiligung durch die Studenten wurden Gespräche, Protokolle, Informationen und Gedanken zum Spannungsfeld zwischen dem wachsenden nationalen Selbstverständnis in der DDR und dem schwieriger werdenden Alltag von Ausländern in der DDR zusammengestellt. Auch eine umfangreiche Dokumentation von ausländerfeindlichen Leserbriefen, die die Berliner Zeitung in den ersten Wochen nach der Revolution erhielt, konnte ausgewertet werden.

Einige Kapitelüberschriften:

- * Jenseits unserer Grenzen ist Ausland oder: Ist Heimat, wo immer wir sind?
- * Einmal bekamen die Kubaner Dominospiele
- * Vietnamesen in der DDR sind "gleichberechtigt"
- * Der versteckte Rassismus
- * Wir sind hier die UNO-Menschenrechtskommission
- * Wo fängt das Ausland an?
- * Wenn ich im Ausland lebe, muß ich damit rechnen ...
- * Arbeitskraft Gast - Zur Situation der ausländischen Beschäftigten
- * Zur Stellung der Ausländer in der gegenwärtigen und zukünftigen Verfassung der DDR

Das thematische Spektrum reicht von ausländischen Studenten und Arbeitskräften, die im Rahmen von Regierungsabkommen in unserem Land sind, bis zu jenen, die aus persönlichen Gründen auf Dauer in der DDR leben. Beobachtungen und Ergebnisse des Arbeitskreises und Erfahrungen bei der Redaktion dieser Veröffentlichung flossen auch in die Vorschläge der Arbeitsgruppe "Ausländerfragen" des Zentralen Runden Tisches ein. Die Herausgeberin nahm (delegiert von der Initiative Frieden und Menschenrechte) von Beginn an engagiert und ideenreich an den Beratungen dieser Arbeitsgruppe teil.

Bg.

Arco Iris: Was ist das?

Arco Iris ist das lateinische Synonym für Regenbogen. Wir gaben unserer Arbeitsgruppe diesen Namen, da wir der Überzeugung sind, daß die Welt ein unteilbares Ganzes bildet, worin alle Kulturen einfließen und sich gegenseitig ergänzen und bereichern. Ausgrenzung, Intoleranz und Schuldzuweisungen führen zur geistigen Armut und zum Mißbrauch vom menschlichen Potential gegen die ureigensten Interessen vom Menschen.

Von solchen Überlegungen ließen wir uns leiten, als wir im November 1989 die "Allgemeine Arbeitsgruppe für Ausländerfragen" ins Leben riefen, um der kampagnenartigen Berichterstattung in der Presse der DDR über den Anteil der Ausländer an der "krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR" entgegenzutreten.

Es galt zunächst, *Toleranz und Verständnis* füreinander zu fördern und die Öffentlichkeit auf die Probleme der hier lebenden AusländerInnen aufmerksam zu machen.

Wir gehen davon aus, daß die Menschenrechte unteilbar sind. So kann es nicht angehen, daß AusländerInnen, die hier leben, arbeiten und studieren, vom gesamtgesellschaftlichen Prozeß ausgeschlossen werden.

Frankfurter Erklärung zu Rassismus und Antisemitismus

Aus Anlaß des Antirassismustages der Vereinten Nationen am 21. März 1990
erklären wir:

Frankfurt soll seine Stadt sein, in der Fremdenfeindlichkeit wie Antisemitismus keinen Platz haben, eine Stadt, die vom friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen geprägt ist und darin keine Gefahr, sondern eine Chance sieht. Der Ausländeranteil in Frankfurt ist der höchste der Bundesrepublik - gerade deswegen muß es eine vorrangige Aufgabe der Stadt sein, exemplarisch allen Anzeichen von Xenophobie entgegenzutreten und ihr den Boden zu entziehen.

Jede Form der Diskriminierung aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religionszugehörigkeit und Nationalität verstößt gegen das Prinzip der Menschenwürde und der Gleichheit und ist unvereinbar mit jenen kulturellen, rechtlichen und politischen Traditionen, die in der Erklärung der Menschenrechte bindend kodifiziert sind. Eine zivile Gesellschaft kann Fremdenfeindlichkeit nicht dulden.

Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch kulturelle Vielfalt, durch die Begegnung und den Austausch unterschiedlichster Kulturen aus. Dazu haben nicht zuletzt auch die ausländischen Bürgerinnen und Bürger beigetragen. Wenn wir den Anzeichen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegentreten, dann auch, weil wir den kulturellen und gesellschaftlichen Reichtum schätzen und verteidigen, den wir der Koexistenz verschiedener Kulturen, Nationalitäten und Lebensstile verdanken.

Die Ausländerinnen und Ausländer, die hier leben, sind keine Gäste. Ihnen stehen gleiche Rechte zu, sie dürfen nicht als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Als vor Jahrzehnten die Arbeitsimmigration einsetzte, wurden Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen. Insbesondere darauf war unsere Gesellschaft nicht gerüstet. Der Integration in den Wirtschaftsprozess entsprachen keine auch nur annähernd vergleichbaren Anstrengungen, den Ausländerinnen und Ausländern eine menschenwürdige soziale Umwelt sowie gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten zu garantieren. Einer Gesellschaft aber, deren Wirtschaft längst international verflochten ist und die vom internationalen Austausch lebt, steht eine solche soziale Unempfindlichkeit schief zu Gesicht.

Europa befindet sich im Umbruch, der einstige Ostblock hat sich geöffnet. Grenzen sollen fallen, und der Nationalstaat wird an Bedeutung verlieren. Dieser Prozeß wird - ob wir es wollen oder nicht - zu neuen Migrationen führen. Ein Denken, das die Menschen in Fremde und Einheimische aufteilt, paßt nicht mehr in unsere Zeit. Wir müssen, stärker als bisher, die Fähigkeit und Kraft entwickeln, Fremde in unserer Gesellschaft aufzunehmen: Übersiedler und Aussiedler (die hier erst einmal auch Fremde sind) ebenso wie Asylbewerber, wie Menschen also, die aufgrund von Rasse, Geschlecht, Religionszugehörigkeit oder Nationalität verfolgt werden, oder wie Flüchtlinge aus Katastrophengebieten. Wir müssen den selbstverständlichen Umgang mit ihnen lernen.

Sehr große politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme werden in den kommenden Jahrzehnten zu lösen sein, und das wird ohne Spannungen nicht abgehen. In einer demokratischen Gesellschaft, die zudem so reich wie unsere ist, sollte dabei eines Konsens sein: Es ist die Pflicht aller zu verhindern, daß statt der schwierigen Lösung der Probleme die ebenso bequeme wie unsinnige Suche nach Sündenböcken beginnt.

Stadtluft macht frei, so heißt es seit der frühen Neuzeit, und die freien Städte waren immer Orte des wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs wie auch des Schutzes für Verfolgte gewesen. Dieser Tradition weiß sich die ehemals Freie Reichsstadt Frankfurt verpflichtet: gerade in einer Zeit, die einerseits von neuen Aufbruchsbewegungen und andererseits vom neuerlichen Ruf nach einfachen Lösungen und Schuldigen geprägt ist. Ohne Weltoffenheit werden die Aufgaben der Zukunft mit Sicherheit nicht zu meistern sein.

Stadt Frankfurt am Main
Der Magistrat

Verschärfte Ausgrenzung Zur Verabschiedung des neuen "Ausländergesetzes" in der BRD

Seit einigen Monaten haben die westdeutschen Medien ein neues Thema entdeckt: Ausländerfeindlichkeit in der DDR. Fast keine Woche vergeht, ohne daß das Fernsehen über erschreckende Vorurteile von DDR-BürgerInnen gegenüber in ihrem Land lebende und arbeitende AusländerInnen berichtet; in Zeitungsartikeln werden ausführlich die unwürdigen Zustände in den Wohnheimen geschildert, die menschenrechtsverletzenden Regierungsabkommen analysiert und nationalistisch-rassistisch motivierte Überfälle angeprangert. Damit kein Mißverständnis entsteht: Umfassende Informationen sowohl über ausländerfeindliche Tendenzen als auch über die Lebensumstände der AusländerInnen in der DDR sind unbedingt notwendig. Mir ist jedoch ein gravierendes Mißverhältnis aufgefallen: Über Ausländerfeindlichkeit in der DDR wird ständig berichtet, was zur Zeit aber in der BRD in Sachen "Ausländerpolitik" läuft, wird auf skandalöse Weise verschwiegen.

Die Inhalte des neuen "Ausländergesetzes". Von der Bundesregierung und den Regierungsparteien wird in Bonn mit der Verabschiedung eines neuen "Ausländergesetzes" zur Zeit eine *ausländerpolitische Weichenstellung* vorgenommen, die nicht nur in wesentlichen Punkten Grund- und Menschenrechten widerspricht, sondern auch versucht, eine diskriminierende und ausgrenzende Politik gegenüber ImmigrantInnen und Flüchtlinge für das nächste Jahrzehnt festzuschreiben. Und wenn nach dem ersten Treffen des Bundesinnenministers Schäuble und des Ministers für Innere

Angelegenheiten Dienst gemeldet wird, daß sie sich in Ausländer- und Visafragen einig gewesen seien, dann ist zu befürchten, daß die bisherige, an ökonomischen und nationalstaatlichen Interessen orientierte Ausländer- und Asylpolitik der Bundesrepublik auch in einem vereinigten Deutschland fortgesetzt werden soll. Es lohnt sich deshalb auch für DDR-BürgerInnen, sich das neue "Ausländergesetz" näher anzusehen.

Obwohl als "grundsätzliche Neuregelung" angekündigt, baut der neue Gesetzentwurf auf das Ausländergesetz von 1965 auf - und das wiederum knüpft unmittelbar an die "Ausländerpolizeiverordnung" (APV) von 1938 an! Mit Recht wird deshalb von einem "braunen Wollfaden" gesprochen, wenn von der Entwicklung der Ausländergesetzgebung in der BRD die Rede ist. Räumten die APV von 1938 und das Ausländergesetz von 1965 dem Staat grenzenloses Ermessen und polizeiliche Willkür bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und bei Ausweisungen ein, so werden diese jetzt im neuen "Ausländergesetz" durch eine schier endlose Kette von unterschiedlichsten Aufenthaltstiteln und Ausweisungsgründen verschärft.

Es ist unmöglich, eine detaillierte Übersicht über dieses ca. 100 Seiten umfassende Gesetzeswerk zu geben. Selbst Fachjuristen sind der Überzeugung, daß es wohl niemanden in den nächsten Jahren geben wird, der durch das Gesetz "durchsteigt". Schon diese verwirrende Paragraphenflut sagt viel über die "Rechtssicherheit" aus, die das Gesetz angeblich bringen soll. In den politischen Grundzügen läßt sich das Gesetz allerdings in wenigen Punkten zusammenfassen:

- Die bisher schon *vorhandene Ausgrenzung* von ImmigrantInnen und Flüchtlingen wird in kaum vorstellbarer Weise *verschärft*. Hierzu gehören z.B. die Abhängigkeit der Aufenthaltserlaubnis von "ausreichendem" Wohnraum, 60 Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung, Verhinderung der Familienzusammenführung bei Arbeitslosigkeit und das Verbot der politischen Betätigung. Schluß soll endlich sein mit der Forderung nach Gleichberechtigung nichtdeutscher und deutscher BürgerInnen - das ist das wesentliche Motto.

- Für AusländerInnen wird mit dem Gesetz der *totale Überwachungsstaat* eingeführt. Die bisher unter den Betten nach sogenannten "Scheinehen" schnüffelnden Sondereinheiten der Ausländerpolizei werden um alle Menschen erweitert, die mit AusländerInnen beruflich zu tun haben: Von ErzieherInnen über SozialarbeiterInnen und LehrerInnen bis hin zu ÄrztInnen und PflegerInnen werden alle zur Auskunft gegenüber der Ausländerbehörde verpflichtet. Spätestens hier sollte deutlich werden, daß es um ein Gesetz geht, das auch Deutsche betrifft und eine *Gefahr für die Demokratie insgesamt darstellt*.

- Das berüchtigte "*Rotationsprinzip*" (Aufenthaltsgenehmigungen nur für eine befristete Zeit und einen staatlich legitimierten Zweck zu erteilen) soll eingeführt werden, um zukünftig den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften genau steuern zu können.

- Statt die doppelte Staatsbürgerschaft endlich einzuführen, wird ein *Zwang zur Germanisierung* in Form der Einbürgerung ausgeübt.

- Die bisherige weitgehenden Kompetenzen der Bundesländer in der ImmigrantInnen- und Flüchtlingspolitik werden durch eine rigorose *ausländerpolitische Zentralisierung* bei der Bundesregierung abgelöst.

Die Arroganz der Macht. Der Bundesinnenminister hoffte noch im September des letzten Jahres, daß das Gesetz durch einen breiten "Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen" getragen werde. Was ihn angesichts der undemokratischen und nationalistischen Inhalte seines Entwurfs zu dieser Hoffnung berechtigte, scheinen wohl vor allem die ansteigenden Vorurteile gegenüber AusländerInnen in der Bevölkerung seit den Wahlerfolgen der rechtsradikalen "Republikaner" und die ansteigende Zahl von Aussiedlern und Übersiedlern gewesen zu sein, die ImmigrantInnen und Flüchtlinge an das Ende der sozialen Rangfolge verdrängten. Der breite Protest gegen seine vorgesehene Verschärfung der Ausgrenzung machten seine Hoffnung allerdings zunichte: Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und die Ausländerbeauftragten von Städten und Bundesländern formulierten in ausführlichen Stellungnahmen ihre Ablehnung. ImmigrantInnenpolitische Organisationen schlossen sich zu Aktionsbündnissen in bisher nicht gekannter Weise zusammen, um ihren Protest kundzutun.

Um das Gesetzesvorhaben dennoch durchzubringen, griffen die Regierungsparteien zum bekannten Mittel: der Arroganz der Macht. In einem beispiellosen Eilverfahren wurde es durch die parlamentarischen Gremien gepeitscht. Völlig unbeeindruckt von den massenhaften Protesten und unter bewußter Kalkulation, den inneren und sozialen Frieden aufs Spiel zu setzen, hat sich die Bundesregierung ausschließlich von wahltaktischen Überlegungen leiten lassen. Noch vor den Landtagswahlen in Niedersachsen am 13. Mai soll das Gesetz Bundestag und Bundesrat passiert haben, damit der mögliche Verlust der konservativen Mehrheit im Bundesrat die Inkraftsetzung nicht verhindert.

Zum wirklichen Skandal wird dies vor allem aber angesichts der aktuellen deutschlandpolitischen Situation: Noch bevor eine Diskussion über die Inhalte der Verfassung eines vereinigten Deutschlandes überhaupt begonnen hat, soll gesetzlich festgeschrieben werden, daß es auch zukünftig eine Spaltung der Bevölkerung in zwei Gruppen geben soll: auf der einen Seite deutsche BürgerInnen, die in einem demokratisch verfaßten Rechtsstaat leben, und auf der anderen Seite Nichtdeutsche, die sich im Geltungsbereich des "Ausländergesetzes" aufhalten dürfen, wenn es ökonomische Erfordernisse und politische Opportunität geboten erscheinen lassen. Noch bevor über zukünftige föderalistische Strukturen in einem vereinigten Deutschland entschieden wird, soll schon einmal die ausländerpolitische Zentralgewalt bei der Bundesregierung festgeschrieben werden. Etwaige liberalere Regelungen, wie sie z.B. in den "Leitlinien für die Ausländerpolitik" des Zentralen Runden Tisches und im Verfassungsentwurf der DDR vorgesehen sind, sollen damit vorab vom Tisch gewischt werden. In der aktuellen Situation die Verabschiedung eines "Ausländergesetzes" zu betreiben, bedeutet deshalb, das friedliche Zusammenleben aller zukünftig in dieser Gesellschaft lebenden Menschen zu verhindern und Nationalismus und Rassismus zu fördern. Wer sich über die Vorstellungen der Bundesregierung über ein vereinigtes Deutschland informieren will, muß sich das neue "Ausländergesetz" ansehen: Hier wird der Neuaufbau eines "Staates der Deutschen" anvisiert, in dem Demokratie und Minderheitenrechte nicht viel gelten.

Götz Schwarzrock



Aufeinander zugehen und Vorurteile abbauen CABANA in der Petrikirche Freiberg - Begegnung von In- und Ausländern

Vergangene Woche, Petrikirche Freiberg. Einer der Donnerstage, zu denen seit September 89 eingeladen wird: "CABANA - Begegnungszentrum für In- und Ausländer, donnerstags von 18 bis 22 Uhr". Tee in der Kanne, Brötchen belegt, Kerzen auf dem Tisch - Familie Wagner, Gründer des Treffs, sowie mehrere Helfer erwarten ihre Gäste.

Begegnungen einen größeren Rahmen zu geben, dieser Wunsch sowie CABANA-Gründungen in anderen Städten waren der Anlaß, den wöchentlichen Treff in der Petrikirche ins Leben zu rufen. "Denn nötig ist sowas schon lange," meint Joachim Wagner. "Der Ausländer kommt zu uns, weit weg von zu Hause, rausgelöst aus seiner Familie, oft mit wenig Informationen über uns, mit falschen oder zu hohen Erwartungen, Arbeitsnormen übersteigen die Voraussetzungen." Auch thematische Treffs sind mitunter angesagt. Im Februar begrüßte die CABANA beispielsweise einen Südafrikaner, der über Nelson Mandela sprach. Anfang März stand Sergio im Mittelpunkt mehrerer Gäste, denen er über sein Heimatland Nikaragua erzählte. Für Mohammed aus Tansania war es eine große Freude, CABANA-Gäste mit Traditionen seiner Heimat vertraut zu machen - er bot gleich noch Themen "für viele nächste Male" an.

Frau Wagner: "Mal kommen vierzehn, mal bloß einer oder zwei." Ist es vielleicht doch nicht das Richtige, fragen sich die Organisatoren. Aber in solchen Momenten der Unsicherheit und des Zweifels machen ihnen die Worte von Mohammed aus Tansania wieder Mut: "Eine gute Sache, laßt die ja nicht einschlafen."

Brigitte Kaczmarek



"Gemeinsames Haus Europa": Eine geschlossene Gesellschaft?

Der verständliche Wunsch nach einem "Gemeinsamen Haus Europa" nimmt allmählich Gestalt an. Die Mehrheit der Völker Osteuropas ist im Begriff, sich von der Last des Stalinismus zu befreien und die Zukunft des Kontinents mitzubestimmen.

Die Versuche der EG, sich über Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des gemeinsamen Marktes einig zu werden, sind bis heute aufgrund des harten Konkurrenzkampfes zwischen den einzelnen Ländern erfolglos geblieben. Es wurden nur partielle Übereinkünfte erzielt, die nicht geeignet sind, die in den Ländern der Gemeinschaft existierenden Probleme (Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung und zunehmende Armut unter bestimmten Schichten der Bevölkerung) zu lösen. Es ist jetzt schon abzusehen, daß die ärmeren Länder der "europäischen Familie" wie Irland, Portugal, Spanien und Griechenland kaum eine Chance haben werden, dem großen Kuchen der Gemeinschaft teilhaftig zu werden.

Die Länder der Dritten Welt, über mehrere Jahrzehnte Rohstoffquellen und Absatzmärkte für die westeuropäischen und nordamerikanischen Konzerne, betrachten die Entwicklung in Europa mit gemischten Gefühlen. Sie sehen darin ein lebendiges Beispiel dafür, daß die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit, Demokratie und Würde Berge versetzen kann, und fragen sich zugleich: Wer wird die Zechen zahlen?

Schon jetzt gibt es Bestrebungen, die Dritte Welt in eine Müllkippe der EG umzuwandeln. Großkonzerne haben schon früher dafür gesorgt, daß ein Teil der umweltverschmutzenden Industrien in die Länder der Dritten Welt verlagert wird. Giftmüll- und Waffenexporte in diese Länder gelten als gewinnbringendes Geschäft und werden von einigen EG-Ländern sogar gefördert. Menschenschicksale spielen dabei kaum eine Rolle.

Die Tatsache, daß diese totbringenden Geschäfte zu einer verstärkten Fluchtwelle aus den gefährdeten Regionen führen, liegt auf der Hand. Einige Länder der EG sind bestrebt, diesem selbstverschuldeten Zustand entgegenzuwirken, indem sie restriktive Ausländerpolitik zu praktizieren suchen. Politische Verfolgte und Flüchtlinge aus den Krisengebieten sollen ein "europäisches Haus" ohne Fenster und Türen vorfinden. Daß es sich dabei um eine offenkundige Verletzung der Menschenrechte handelt, scheint nur wenige zu interessieren.

In einer Dokumentation der Internationalen Liga für Menschenrechte in Westberlin zur Situation der Menschenrechte in der BRD heißt es u.a.: "In Resolutionen, Deklarationen und Paketen begegnet den Verfolgten eine humanitär gesonnene Weltgesellschaft. Jedoch - in einer Vielzahl staatlicher Maßnahmen, Gesetzen und einer sich immer mehr verschärfenden Rechtsprechung schlägt diese edle Gesinnung in den westeuropäischen Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik, de facto in Abwehr und Abschreckung um." So werden Opfer diktatorischer und faschistischer Regime, die vom Westen installiert und unterstützt werden, entgegen allen humanistischen Grundsätzen abgewiesen und in einigen Fällen dem sicheren Tod ausgeliefert.

Die Abschottung Europas von der übrigen Welt führt zur geistigen Armut, zur Verschärfung des Nord-Süd-Konfliktes, zur verstärkten Ausbeutung der Dritten Welt und zur Zerstörung der Umwelt. Die Folgen einer solchen Situation treffen alle, und keiner kann sich hinter den eigenen Mauern verschanzen, denn die Natur erkennt keine Grenzen an.

Zum Schluß stellt sich die Frage: Haben die Völker Osteuropas den Eisernen Vorhang durchbrochen, um sich hinter einem größeren Eisernen Vorhang häuslich einzurichten?

Ein gemeinsames, weltoffenes und friedfertiges Haus Europa ist ein erstrebenswertes Ziel, eine geschlossene Gesellschaft nicht.

Saleh Hussain

MINJUNG- KUNST



한민족미술회

EINE
AUSSTELLUNG
DES
ÖKUMENISCH-
MISSIONARISCHEN
ZENTRUMS/
BERLINER
MISSIONS-
GESELLSCHAFT

in der Französischen
Friedrichstadtkirche
Am Platz der Akademie
Di - Sa: 12 - 17 Uhr
So: 13 - 17 Uhr

SÜDKOREA

13. April
bis Juni 1990

Vorschläge zu einer Konzeption für ein "Haus der Begegnung"

1. Das Anliegen einer solchen Einrichtung besteht vor allem darin, Toleranz, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Ausländern und Inländern zu fördern, Möglichkeiten für den kulturellen Austausch zu schaffen und Vorurteile und Mißtrauen abzubauen zu helfen.
2. Deshalb wäre es gut, parallel zu den laufenden Verhandlungen mit den Behörden über ein mögliches Angebot ihrerseits die Sache selbst in die Hände zu nehmen und in gemeinsamer Arbeit ein "Haus der Begegnungen" einzurichten.
3. In dem Projekt sollten folgende Einrichtungen untergebracht werden:
 - a) Veranstaltungsräume für kulturelle Darbietungen, Filmvorführungen, Theateraufführungen und Versammlungen;
 - b) Nationalitätenrestaurant(s);
 - c) Druckerei;
 - d) Ausstellungsräume und Ateliers;
 - e) Werkstätte (Tischlerei, Schneiderei usw.)
 - f) Kleinere Versammlungsräume für die verschiedenen Initiativen und Informationsbüros.
4. Rechtsträger dieser Einrichtung kann ein gemeinnütziger Verein sein, der gleichberechtigt von allen Initiativen getragen wird.

Nachrichten

Die *Leipziger Karl-Marx-Universität* hat ein *Beratungszentrum für Ausländerintegration* eröffnet. In der 18. Etage, Zimmer 11, ist Montag - Freitag von 12 - 19 Uhr, Sonnabend von 9 - 12 Uhr Sprechzeit.

Die *Initiativgruppe "IG-farbig" in Leipzig* trifft sich jeden Donnerstag, 19 Uhr, im Club der Theaterschule in Leipzig. Kontaktadresse: Rene Gerlach, Käthe-Kollwitz-Str. 105, Leipzig 7010

In *Dresden* hat die Stadt beschlossen, den Ausländerinitiativen CABANA und dem "RING" monatlich 270 M Unterstützung zu bewilligen. Ebenso wird in Dresden ein "*Haus der Nationen*" geplant.

CABANA-Gruppe Halle: Jeden 1. Freitag im Monat Friedenskirche um 18 Uhr. Erstes Treffen: 6.04.1990

In *Dessau* gibt es auch einen *Ausländertreffpunkt*. Treffen jedem letzten Sonnabend im Monat ab 18 Uhr im Jakobus-Gemeindehaus.

Am Dienstag, den 20.2.90, fand in der *Cabana-Berlin* eine Zusammenkunft mehrerer Initiativgruppen statt, die sich mit Ausländerfragen beschäftigen. Vertreter verschiedener Initiativen diskutierten über die Möglichkeiten, ein "*Haus der Begegnung*" ins Leben zu rufen.

Für einen *Fotowettbewerb "Berlin - grenzenlos und weltoffen"* hat die Ausländerbeauftragte des Westberliner Senats eine Preissumme von 10 000 DM ausgeschrieben. Berliner aus Ost und West jeder Nationalität zwischen 14 und 21 Jahren können bis zum 31. August Fotos im Format 18 x 24 cm einsenden, die "die Buntheit und Vielfalt Berlins dokumentieren". Zugelassen sind bis zu drei Fotos (schwarzweiß oder farbig) je Teilnehmer. Die ausgezeichneten Bilder werden in einer Ausstellung und einer Broschüre veröffentlicht. Die Fotos, auf der Rückseite mit Anschrift und Alter des Teilnehmers sowie Bildtitel versehen, sollen an folgende Adresse geschickt werden: *Die Ausländerbeauftragte des Senats, Stichwort: "Berlin - grenzenlos und weltoffen", Potsdamer Str. 65, 1000 Berlin 30.*

Am 24.3.90 fand in Leipzig in der ESG das *zweite Treffen der Cabana-Mitarbeiter* statt. Einige fehlten, neue Gesichter kamen dazu. Wichtig waren der Erfahrungsaustausch und inhaltliche Konzepte, die vorgestellt wurden. Geplant ist ein gemeinsames Wochenende im September.

Am 17.4.90 fand in Dessau das *zweite Treffen der Kirchlichen Ausländerbeauftragten* statt. Es wurden künftige Perspektiven und Leitlinien kirchlicher Ausländerarbeit beraten sowie die Zusammenarbeit mit dem neuen Staatssekretariat für Ausländerfragen. Beschlossen wurde weiterhin, sich auf breiter ökumenischer Basis zusammenzufinden.

Am 25.4.90 fand ein Treffen *kirchlicher Ausländerbeauftragter aus Ost und West in Westberlin* statt. Dort wurden künftige gemeinsame Aufgaben kirchlicher Ausländerarbeit besprochen.

Anlässlich einer *gemeinsamen Tagung der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung*, Frau Funke, sowie der *DDR*, Almut Berger, und einiger repräsentativer Vertreter aus Ost und West, die auf Einladung der *Freudenberg-Stiftung* stattfand, wurde die *Bildung eines deutsch-deutschen Arbeitskreises zu Ausländerfragen* vorgeschlagen.

Am 17.6.90 findet im ÖMZ/BMG und in der Bartholomäusgemeinde die *Eröffnung der kirchlichen Wochen* statt. Der Festtag fällt mit dem Jahresfest zusammen. Thema des Tages ist: *Ausländer in der DDR*. Viele Angebote an Gesprächen, Musik, Basar, Kinderangebote zum Thema und ein gemeinsamer Gottesdienst warten auf die Besucher, die hoffentlich zahlreich erscheinen werden.

Vom 23. bis 24.6. findet in Ilmenau ein Wochenende mit und für Vietnamesen statt. Anmeldung: Kaplan Johannes Preis, Manggasse 1, Ilmenau 6300.

Am 28.6.90 findet um 19.30 Uhr in Cottbus in der Schloßkirche, Spremberger Str. eine Veranstaltung der Umweltgruppe Cottbus zum Thema "*Alle Menschen sind Ausländer - fast überall*" statt.

Und nicht vergessen:
Vom 6. bis 8. Juni 90 findet wieder eine DDR-offene Tagung im ÖZM/BMG statt. Diesmal wird Vietnam das Thema sein.